

54 Staaten wollen radikale Agrarreform

Monokulturen, gentechnisch veränderte Pflanzen, Biosprit: Die Landwirtschaft erreicht mit ihren bisherigen Anbaumethoden die Grenzen des Möglichen. Und obwohl Handelsbeziehungen liberalisiert wurden, zählen Menschen in den Entwicklungsländern nach wie vor zu den Verlierern.



Foto: dpa

Die weltweiten Anbaumethoden müssten "radikal" geändert werden, um Arme und Hungerige besser versorgen zu können und den sozialen und ökologischen Zusammenbruch zu verhindern, heißt es in einem Bericht des Weltagrarrates IAASTD, der am Dienstag bei der Unesco in Paris vorgestellt wurde.

Die Produktivitätssteigerung durch technologische Fortschritte ist an ihre Grenzen gestoßen und die Kosten für die Umwelt und die Entwicklungsländer werden zu hoch. Zu dem Ergebnis kommt das Gremium aus rund 400 Experten, Regierungs- und Industrievertretern.

"Business as usual ist keine Option mehr", heißt es in dem Dokument, das von 54 Staaten unterzeichnet wurde. Das derzeitige System helfe den Bedürftigen nicht. "Die ärmsten Entwicklungsländer sind die Verlierer weiterer Handelsliberalisierungen", sagte IAASTD-Direktor Robert Watson.

Notwendig sei vielmehr die Rückbesinnung auf natürliche und nachhaltige Produktionsweisen, hieß es. Die Experten plädieren für die Schaffung neuer Rahmenbedingungen, die die ausreichende Produktion mit dem Schutz von Wasser, Boden, Wäldern oder der Artenvielfalt vereinen.

"Mehr, aber anders produzieren"

Das Hauptaugenmerk der Agrarforschung müsse auf die Kleinbauern in den Entwicklungsländern gerichtet sein, die für einen Großteil der globalen Nahrungsmittelproduktion verantwortlich seien. "Wir müssen mehr produzieren, aber vor allem anders", sagte Guilhem Calvo von der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Unesco.

Die USA, aber auch Vertreter der Industrie stimmen allerdings nicht allen Befunden zu. Deutschland ist an dem 2002 auf dem Entwicklungsgipfel in Johannesburg eingesetzten und von den UN und der EU geförderten Gremium nicht beteiligt.

Einfache Bauern zahlen den Preis

Der industrielle Intensivanbau in Monokulturen und mit gentechnisch veränderten Pflanzen habe zwar die Produktion gesteigert, schreiben die Experten. "Aber einfache Bauern, Arbeiter, ländliche Gemeinden und die Umwelt müssen den Preis bezahlen." Der Weltlandwirtschaftsrat fordert deswegen die Umstellung auf eine "multifunktionale" Landwirtschaft, die den Erhalt und die Erneuerung der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Böden, Wälder und Artenvielfalt in den Mittelpunkt rückt.

Streitthema Bio-Kraftstoff

Auch die zunehmende Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen zur Erzeugung von Bio-Treibstoffen etwa in Europa oder Brasilien kritisierten die Experten. Biosprit habe einen gewissen gesellschaftlichen Nutzen, drohe aber weiter zum Hunger in der Welt beizutragen, warnte Calvo.

Besonders "Biokraftstoffe der ersten Generation" wie Mais oder Soja hätten zudem schädliche Auswirkungen auf die Umwelt. Den Einsatz von Gen-Pflanzen lehnen die Experten nicht grundsätzlich ab, mahnen aber umfassende Risikokontrollen und Kosten-Nutzen-Abwägungen an.

Der Rat warnt auch vor den Gefahren der Biotechnologie - etwa in Form genmanipulierter Pflanzen - für die Entwicklungsländer. Dadurch würden lokale Anbaupraktiken, die die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und die Wirtschaft sicherten, unterwandert. Durch Patente der Konzerne stiegen zudem die Kosten, und der Zugang der Bauern vor Ort werde eingeschränkt.

China und die USA haben insbesondere gegen diesen Teil des Berichtes Vorbehalte. "Dennoch wird unsere Botschaft die Einstellung zur Landwirtschaft verändern und hoffentlich einen Paradigmenwechsel einleiten", sagte Fabrice Dreyfus, einer der führenden Autoren der Studie.

Neben der Unesco haben unter anderem auch die Weltbank, die Welternährungsorganisation FAO und die Weltgesundheitsorganisation WHO das zwischenstaatliche Projekt "Internationale Bewertung der Agrarwissenschaft und Technologie für Nachhaltigkeit" (International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development/ IAASTD) gefördert. Auch Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen haben an dem Bericht mitgearbeitet.